

Für die Sitzung der Universitätsvertretung
der Universität Wien, am 25. März 2022



GRAS
grüne & alternative student_innen



Solidarität muss Praxis werden!

Am 24. Februar fiel die Russische Armee auf Befehl von Wladimir Putin in der Ukraine ein. Nach einem lang andauernden Konflikt um die Krim, Donezk und Luhansk seit 2014 eskalierte Russland diesen nun zu einem Krieg in der gesamten Ukraine. Hintergründe gibt es viele. Von Russlands Bedrohung durch die NATO über territoriale Interessen, der Umsetzung ihrer imperialistischen Ideologie über kapitalistische Profitinteressen - Putin witterte die Chance, die Ukraine zu annektieren.

Seitdem ist die ukrainische Bevölkerung einem aggressiven Angriffskrieg ausgesetzt. 44 Millionen Menschen müssen um ihr Leben fürchten. Viele ergreifen die Flucht, andere die Waffen, ein Großteil muss ausharren.

Millionen an Menschen flüchten in Richtung EU, über 3 Mio Geflüchtete sind bereits angekommen, es sind deutlich mehr zu erwarten. Derzeit zeigen sich die meisten Menschen der EU solidarisch mit den Ukrainer_innen, die auf grausame Weise aus ihrem Leben gerissen werden. Dennoch ist die Flucht keineswegs sicher und die Behandlung von Geflüchteten in den Ankunftsändern hat schon in der Vergangenheit zu wünschen übrig gelassen. Die Bedingungen für Geflüchtete in den europäischen Ländern müssen stetig verbessert werden.

Unter den Geflüchteten befinden sich auch unzählige Studierende, die ihre Bildung unterbrechen müssen und ins Ungewisse flüchten. Und auch Studierende in der Ukraine aber auch die rund 2000 ukrainischen Studierenden in Österreich leiden massiv unter dem Krieg. Ihre Konten werden gesperrt, ihr Einkommen fällt weg und sie haben Angst um das Leben ihrer Familie und Freunde. Als Österreichische Hochschüler_innenschaft ist es unsere Pflicht, den Studierenden beizustehen.

Die EU und NATO verschärfen als Reaktion Sanktionen gegen Russland und rüsten auf. Schon seit Mitte Februar verstärkt die NATO ihre Präsenz in Osteuropa, gleichzeitig kaufen Länder wie Deutschland, Österreich usw. Erdgas im Minutentakt von Russland. Milliarden an Euro fließen täglich nach Russland, während die Militärpräsenz gegen Russland verstärkt wird. Die Diplomatie wird davon beeinflusst, denn Russland weiß von der Abhängigkeit der Länder, die im drohen. Jahrelanges Anbieten an menschenfeindliche Regime im Interesse des Kapitals ist nichts neues für die EU- und NATO-Staaten.

Russland ist seit über zwei Jahrzehnten unter der Herrschaft von Wladimir Putin, der den Staat zu einem autoritären Regime umgebaut hat, indem er Pressefreiheit eingeschränkt hat und Widerstand und Kritik hart bestraft. Auch im Krieg jetzt laufen die Propagandamaschinen heiß. Von Denazifizierung und Demilitarisierung ist die Rede, Russland wird als Befreierin dargestellt. Gleichzeitig bündelt Putin seit

Jahren mit der extremen Rechten in Europa und arbeitet mit rechtsradikalen in Donezk zusammen. Mutige Menschen, darunte viele Studierende, gehen dennoch auf die Straße - und müssen mit Repressionen wie Polizeigewalt bis hin zu Arbeitslagern rechnen. Zusätzlich sind russische Studierende von den Sanktionen der EU, der USA etc. betroffen. Viele können sich das Studieren nicht weiter leisten. Ähnlich sieht es bei vielen Studierenden aus Belarus aus.

Der Krieg muss sofort beendet werden! Das Blutvergießen im Interesse der Reichen und Mächtigen kennt keine Gewinner_innen, nur Verlierer_innen. Russische Macht- und Territorialinteressen überschneiden sich mit kapitalistischen und imperialistischen Fantasien, und die Verlierer_innen sind immer die Menschen. Junge Männer, viele nicht älter als 20 Jahre, werden als Kanonenfutter, meist völlig unvorbereitet in den Kampf geschickt, Kinder, Jugendliche, alte Menschen und Frauen zittern Tag für Tag um ihr Leben, das nun von Krieg geprägt ist. Immer mehr Menschen greifen selbst zu Waffen, um sich gegen die russischen Soldat*innen zu verteidigen. Das ist kein ehrenhafter Kampf oder heldenhafter Tod, denn jedes Menschenleben, das wegen den Interessen Russlands verloren wird, ist ein Leben zu viel. Millionen von Menschen werden aus ihrem Leben gerissen, fürchten um ihr Leben und müssen in einem Krieg kämpfen, den sie nicht austragen wollen! Das Blutvergießen muss ein Ende haben!

Bis dahin muss die Sicherheit von allen Flüchtenden gewährleistet werden. Sichere Fluchtrouten sind ein muss! Und das nicht nur für ukrainische Staatsbürger_innen. Es gibt bereits zahlreiche Berichte, wie nicht-weiße Ukrainer_innen und Menschen, die nicht ukrainisch und nicht-weiß sind, an den Grenzen aufgehalten werden, abgewiesen werden und schlecht behandelt werden. So konnten z.B. Studierende aus afrikanischen Ländern die Ukraine nicht verlassen. Und auch die Berichterstattung in westeuropäischen und anglo-amerikanischen Medien ist von Rassismus durchzogen. Dort ist von "Menschen wie wir", "echten Flüchtlingen" und "blonden, blauäugigen Christen" die Rede, und warum "diese" Menschen Zuflucht "verdienen" im Gegensatz zu Geflüchteten aus anderen Teilen der Welt. Rassistische Narrative über Geflüchtete aus dem Nahen Osten oder Nordafrika sind nach wie vor salonfähig. Und es ist nur eine Frage der Zeit bis konservative und rechte bzw. rechtsextreme Kräfte die Ankunft von ukrainischen Geflüchteten für ihre xenophobe und menschenverachtende Propaganda nutzen und die derzeit solidarische Stimmung in der Bevölkerung drehen wollen.

Die erste ordentliche Sitzung der Universitätsvertretung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien im Sommersemester 2022 möge beschließen:

- die Hochschüler_innenschaft an der der Universität Wien solidarisiert sich mit der ukrainischen Bevölkerung und fordert ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen von Seiten Putins

- die Hochschüler_innenschaft an der der Universität Wien beteiligt sich an Demonstrationen in Österreich gegen den russischen Angriffskrieg und für das Ende des Krieges
- die Hochschüler_innenschaft an der der Universität Wien solidarisiert sich mit russischen Widerstandskämpfer_innen gegen den Kreml
- Die Hochschüler_innenschaft an der der Universität Wien stellt sich entschieden gegen Putins Propaganda und solidarisiert sich mit der jüdischen Gemeinde in der Ukraine sowie den ukrainischen Holocaust-Überlebenden und deren Nachkommen
- Die Hochschüler_innenschaft an der der Universität Wien unterstützt ukrainische Studierende in Österreich finanziell und mit Beratungsangeboten
- Die Hochschüler_innenschaft an der der Universität Wien unterstützt die ukrainische Bevölkerung, Geflüchtete und vor allem Studierende in der Ukraine im Rahmen ihrer Möglichkeiten
- Die Hochschüler_innenschaft an der der Universität Wien unterstützt russische und belarussische Studierende in Österreich, die aufgrund der Sanktionen ihr Studium nicht fortsetzen können
- Die Hochschüler_innenschaft an der der Universität Wien spricht sich gegen Krieg als Konfliktlösungsmittel der Reichen und Mächtigen aus
- Die Hochschüler_innenschaft an der der Universität Wien spricht sich für sichere Fluchtrouten und Asylmöglichkeiten in Österreich aus - für Ukrainer_innen und generell für alle Menschen, die aus ihren Herkunftsländern fliehen müssen
- Die Hochschüler_innenschaft an der der Universität Wien kritisiert die rassistische Praxis gegenüber Drittstaatsangehörigen und BIPOC beim Grenzübertritt aus der Ukraine
- Die Hochschüler_innenschaft an der der Universität Wien stellt sich gegen rassistische und xenophobe Berichterstattung und prangert den Rassismus in der Debatte um Flucht und Flüchtende öffentlich an